

„Nur auf Abwehr eingestellt“

Nach dem vom Unternehmen Hülsken initiierten Bürgerdialog zur geplanten Abgrabung Reeser Welle kritisiert der Verein Eden die Kiesfirma

Rees. Parallel zum Antrag der Ausbaggerung der Reeser Welle bot die Firma Hülsken jüngst einen sogenannten Bürgerdialog mit vier Nachmittagsterminen in Esserden an. „Der erste Termin war mit einigen wenigen Bürgern recht mager besucht. Die Erwartung an solch einen Termin war offensichtlich in der Bevölkerung sehr gering“, meint Dr. Leo Rehm, Vorsitzender der Bürgerinitiative „Eden e.V.“ Die vier Vertreter der Firma hätten sich tatsächlich nicht ernsthaft mit den vorgebrachten kritischen Einwänden gegen dieses Vorhaben auseinandergesetzt. Rehm: „Sie waren vor allem auf Abwehr eingestellt. Kritik wurde beschwichtigt, und

man versuchte sie mit nicht nachprüfbaren Zahlen und Behauptungen zu entkräften“.

Unzureichende Gutachten

Der Eindruck sei gewesen, hier sollen mit aller Macht die Abgrabungsinteressen von Hülskens durchgesetzt werden. Dabei wäre die Ausbaggerung der Reeser Welle, wenn sie durchgezogen würde, ein Anachronismus. „Die Welt brennt, ertrinkt im Wasser, wird durch Erdbeben erschüttert oder zerlegt sich selbst durch Kriege. Und gerade zu dieser Zeit beantragt die Weseler Firma Hülskens die Abgrabung der ‘Reeser Welle’, einer riesigen Fläche vor dem Deich von Esserden“,

schreibt Eden.

Die erste Genehmigung kippte der Nabu per Gerichtsurteil, bei den drei folgenden Anträgen habe Eden e.V. durch eigene fachliche Prüfungen und Untersuchungen mit Hilfe von Fachingenieuren nachweisen können, dass gerade die wichtigen hydrogeologischen Antragsgutachten nicht nur unzureichend gewesen seien, sondern sogar eine Gefahr für den enorm wichtigen Hochwasserschutz bedeuteten hätten. Folgerichtig habe der Kreis eine Abgrabungsgenehmigung untersagt.

„Wir wissen um die Kräfte des Rheines bei Hochwasser und haben alle die schrecklichen Bilder von Blessem vor Augen, wo in giganti-

sem Ausmaß von der dortigen Kiesgrube ausgehend die Erde weg sackte und in die Abgrabung rutschte. Wie Spielzeug wurden Autos und auch Häuser mitgerissen - ein fürchterliches Bild der Verwüstung“, erinnert Dr. Rehm. Ein solches Szenario bei einem Rheinhochwasser, verbunden mit den besonderen Strömungsverhältnissen gerade im geplanten Abgrabungsbereich, birge im höchsten Maß das Risiko einer Schädigung des Banndeiches und damit einhergehende katastrophale Folgen.

Man sehe den Deichverband in der Verantwortung für den Schutz der Deiche. „Es ist schon über 30 Jahre her, dass die Reeser Welle als

Bereich für die Gewinnung von Bodenschätzen ausgewiesen wurde, also bereits vor mehr als einer Generation. Damals war der Begriff Klimawandel noch unbekannt“, heißt es. Das Bewusstsein für regionale Produkte habe es damals nicht gegeben. Man dachte noch nicht über die Wichtigkeit des unterirdischen Ökosystems besonders fürs Trinkwasser nach.

Auch hätte der Grund und Boden als wichtiger CO₂-Speicher für die Entscheidungsträger keine Bedeutung gehabt. Inzwischen lebe man in einer anderen Zeit, die Umstände hätten sich geändert. Die Bevölkerung und der Reeser Rat seien entschieden für den Erhalt des bean-

tragten Abgrabungsgeländes „Reeser Welle“. Rat und Bevölkerung seien darüber hinaus dafür, weitere Abgrabungen nicht zuzulassen. „Das ist nicht im Interesse der Firma Hülskens“, sagt Dr. Rehm. „Wir erinnern, dass seit Jahrzehnten die Stadt Rees Kiesunternehmen, so auch Hülskens, die Möglichkeit zur Abgrabung gegeben hat“.

Rees sei wie im Selbstbedienungsladen eine der am meisten geschöpften Städte am Niederrhein. Dabei landete fast die gesamte Ausbeute im Ausland. Die Freigabe zur Zerstörung der Heimat habe vor allem dem alleinigen privatwirtschaftlichen, also finanziellen Vorteil von Hülskens, gedient.